

**Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung**

**Gemeinsame Ausländerbehörde von Stadt und Landkreis Kassel
Übergangslösung 01.07.2006 - 31.12.2007**

Vorlage des Magistrats
- 101.16.39 -

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Merz

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

- „1. Zwischen der Stadt Kassel und dem Landkreis Kassel ist die in der Anlage 1 bei-gefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung über eine Übergangslösung zur Schaffung einer gemeinsamen Ausländerbehörde von Stadt und Landkreis Kassel zu treffen.
2. Das Regierungspräsidium Kassel wird gebeten, einen gemeinsamen Kreisordnungsbehördenbezirk für das Ausländerwesen der Stadt und des Landkreises Kassel mit Wirkung zum 01.07.2006 anzuordnen (Anlage 2).“

Stadtverordneter Merz bringt für die SPD-Fraktion nachfolgenden Änderungsantrag ein.

➤ **Änderungsantrag der SPD-Fraktion (A)**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Beschlusstext ist eine Ziffer 3 mit folgendem Wortlaut anzufügen:

- „3. Der Magistrat wird aufgefordert, zum 01.04.2007 im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen über den Stand der Integration der Ausländerbehörde zu berichten.“

➤ **Durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderte Vorlage des Magistrats (B)**

- „1. Zwischen der Stadt Kassel und dem Landkreis Kassel ist die in der Anlage 1 beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung über eine Übergangslösung zur Schaffung einer gemeinsamen Ausländerbehörde von Stadt und Landkreis Kassel zu treffen.
2. Das Regierungspräsidium Kassel wird gebeten, einen gemeinsamen Kreisordnungsbehördenbezirk für das Ausländerwesen der Stadt und des Landkreises Kassel mit Wirkung zum 01.07.2006 anzuordnen (Anlage 2).
- 3. Der Magistrat wird aufgefordert, zum 01.04.2007 im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen über den Stand der Integration der Ausländerbehörde zu berichten.“**

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss A

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Vorlage des Magistrats betr. Gemeinsame Ausländerbehörde von Stadt und Landkreis Kassel Übergangslösung 01.07.2006 - 31.12.2007 wird **angenommen**.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss B

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderte Vorlage des Magistrats betr. Gemeinsame Ausländerbehörde von Stadt und Landkreis Kassel Übergangslösung 01.07.2006 - 31.12.2007 wird **angenommen.**“

Jürgen Kaiser
Vorsitzender

Heidi Woelk
Schriftführerin